



KLEINE



BLÄTTER



**JANA AREGGER
UND MARCO
HUWILER**
Im Gespräch
Seite 3



FLÜCHTLINGE
studieren lassen
Seite 4



**BEZAHLBARER
WOHNRAUM**
Gemeinnützig bauen
Seite 5

TAFELSILBER NICHT VERSCHERBELN

Die Bodeninitiative will verhindern, dass Emmen alles Land verkauft, um kurzfristige Gewinne zu realisieren. Auch künftige Generationen sollen Handlungsoptionen behalten.

Emmen soll eine aktive Bodenpolitik betreiben. Damit erhält die Gemeinde grösseren Handlungsspielraum in der Raumplanung und der Gestaltung des Lebensraumes. Seit Jahren verkauft die Gemeinde Emmen aber mehr Land als sie zukaufte. Wird diese Entwicklung nicht gestoppt, besitzt Emmen in zehn bis zwanzig Jahren kein Land mehr. Weder zum Verkaufen noch für die Verwendung für Gemeindeeigene Infrastruktur.

«Jetzt Handeln. Der Zeitpunkt der Initiative ist genau richtig, weil Emmen jetzt noch Land besitzt.»

Finanziell nachhaltige Initiative

Finanziell ist die Initiative nachhaltig, weil die Gemeinde nicht mehr ein strukturelles Defizit über Buchgewinne aus Veräusserungen kaschieren kann. Mittel- bis langfristig fallen durch die Einnahmen aus den Baurechtszinsen jährliche Erträge an, welche den Verkaufswert übersteigen. Mit dem gleichzeitigen Vorteil, dass das Land nach Ablauf der Baurechtszeit wieder der Gemeinde Emmen gehört. Künftige Generationen dürfen wieder über deren Verwendung mitbestimmen.

Die Gemeinde soll den Mehrwert, welcher durch den steigenden Wert des Bodens entsteht nicht einfach privaten überlassen.

Instrument zur Gestaltung

Mit eigenem Land hat die Gemeinde Möglichkeiten direkten Einfluss auf die Entwicklung und Veränderung in der Gemeinde zu nehmen. Zukünftige Generationen werden dankbar sein, wenn die Gemeinde dann noch eigenes



Luftaufnahme der Gemeinde Emmen

Land hat. Dieser Boden kann dann für Bevölkerung, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft bereitgestellt werden, dort wo der Boden dann gebraucht wird. Ist das Bedürfnis nach einem Park vorhanden? Braucht es eine Schule? Braucht es Gewerbegebiete oder Wohnraum? Oder gibt es Nachfrage

«Land, das im Baurecht abgegeben wird, wirft jährlich Zinsen ab, welche über die Jahre einen allfälligen Verkaufserlös übersteigen.»

nach einer heute noch nicht bekannten Nutzung? Mit der Annahme der Initiative hat die Gemeinde die Flexibilität auf mögliche zukünftige Bedürfnisse ein zu gehen.

Ohne eigenes Land muss die Gemeinde dieses möglicherweise teuer erstehen oder kann gewisse notwendige Veränderungen nicht mitgestalten.

Demokratisierung der Bodenpolitik

Die Initiative ermöglicht nicht nur heute eine bessere Mitsprache der Politik in der Gemeindepolitik, sondern auch der nächsten Generation. Gehört Land der Gemeinde, kann sie direkt bestimmen, was darauf geschieht oder was

dritte auf diesem Land realisieren können. Nach Ablauf des Baurechts, wird es der nächsten Generation möglich sein, dieses allenfalls einem anderen notwendigeren Zweck zu zu weisen.

Jetzt ist Zeit zum Handeln

Heute besitzt die Gemeinde Emmen noch etwa für 15 Millionen Franken Grundstücke im Verwaltungsvermögen. Wenn Emmen nicht jetzt handelt, ist kein Handlungsspielraum mehr vorhanden. Verschiedene andere Gemeinden in der Schweiz haben die Zeichen der Zeit erkannt und geben gemeindeeigenes Land teilweise schon länger nur noch im Baurecht an dritte ab. Das Modell ist erprobt und funktioniert.

KOMMENTAR

Andreas Kappeler,
Einwohnerat Grünen Emmen



Die Gemeinde Emmen verbaut sich mit Annahme dieser Initiative nichts. Für mich ist wichtig, dass auch die nächste Generation mit Land im Gemeindebesitz handlungsfähig bleibt. Mit der Möglichkeit des Baurechts können weiterhin auch Private Land der Gemeinde Emmen nutzen. Die Gemeinde hat im Gegensatz zu einem Verkauf von Land, aber mehr Möglichkeiten mit zu bestimmen, was auf dem Land geschehen soll. Und nach Ablauf der Baurechtsdauer, gehört das Land weiterhin der Gemeinde.

Die Gemeinde Emmen investiert in eine positive Zukunft und ist meiner Meinung nach auf gutem Weg immer attraktiver zu werden. Eine Folge davon wird sein, dass die Landpreise ansteigen werden, es ist daher wenig sinnvoll, Land zu verkaufen, wenn damit zu rechnen ist, dass es in Zukunft wohl mehr wert sein wird als heute. Dies ist auch der Grund weshalb Private Investoren ein grosses Interesse haben, Land zu erwerben. Die Gemeinde vergibt eine grosse Chance wenn sie dieses Land nicht selbst behält.

Bild: Reportair.ch

WIR WOLLEN REGIONALE PRODUKTE ZU FAIREN PREISEN

Weihnachtszeit ist Wegwerfzeit. Tonnen von Abfall landen nach den Festtagen auf dem Abfall. Darunter viele Esswaren, die keinen Platz mehr finden in den prall gefüllten Mägen. 729 Kilo Abfall produzieren wir in der Schweiz pro Kopf und Jahr. Eine «weltmeisterliche» Leistung, auf die wir nicht stolz sein können. Von den kostbaren Lebensmitteln wird rund ein Drittel weg geworfen.

Für mehr Qualität auf dem Teller
Der sorglose Umgang mit Lebensmitteln und Rohstoffen zeigt, dass sich viele Menschen nicht bewusst sind, wie viel Wasser, Energie und Umweltzerstörung in unseren Alltagsprodukten stecken. Mit der «Fair-Food»-Initiative wollen die Grünen das Problem an der Wurzel packen. Die nationale Volksinitiative hat vier Verbesserungen zum Ziel:
Nachhaltig produzierte Lebensmittel: Produkte aus bäuerlicher Landwirt-



Regula Rytz bei der Einreichung der Fair-Food-Initiative im November 2015. www.fair-food.ch

schaft, fairem Handel sowie aus regionaler und saisonaler Produktion sollen einen Marktvorteil erhalten.

Fairer Wettbewerb: Importierte Lebensmittel müssen mindestens nach den hier gängigen Standards herge-

stellt werden. Wir wollen kein Hormonfleisch und keinen Gen-Reis auf dem Teller.

Mehr Transparenz: Neben der Herkunft sollen auch die Produktionsbedingungen deklariert werden.

Weniger Foodwaste: Lebensmittelverschwendung soll bereits an der Quelle verhindert werden.

Fairer Handel statt Freihandel

Im Bereich der Nahrung zeigt sich unsere enge Verknüpfung mit der Welt. Rund fünfzig Prozent der Lebens- und Futtermittel in der Schweiz werden heute aus dem Ausland importiert. Sie lösen dort zum Teil schlimme Umweltschäden aus. Durch weniger Verschwendung und weniger Fleischkonsum kann die Abhängigkeit gesenkt werden. Doch die reine Selbstversorgung in der Schweiz bleibt eine Illusion. Die Fair Food-Initiative schlägt deshalb eine Brücke zwischen den Bauernfamilien in der Schweiz und in der sonstigen Welt: Alle sollen gesunde, natur- und tierfreundliche Lebensmittel zu fairen Preisen produzieren können. Es liegt an uns, die Spielregeln zu machen!

Regula Rytz, Co-Präsidentin Grüne Schweiz, Nationalrätin (BE)

HERAUSFORDERUNGEN DER ENTWICKLUNG



Die Gemeinde Emmen konnte Ende 2015 ihre 30'000 Einwohnerin begrüßen. Stolz mietete sie aus diesem Anlass die Werbetafel neben dem Generalanzeiger im Bahnhof Luzern und verkündete: «Immer mehr Menschen finden bei uns ihr zu Hause. 30'000 Einwohner können nicht irren.» Oder «Die zweitgrösste Stadt des Kantons hat jetzt 30'000 Einwohner. Emmen freut sich».

Ob Gemeinde oder Stadt: Emmen ist Auslöser und Schauplatz von Wandlungen und Verwandlungen. Es ist nicht einfach eine Ansammlung von Häusern, Strassen und Grünflächen, sondern Lebens- und Erfahrungs-, Arbeits-, Kultur- und Freizeit-, Konflikt- und Verhandlungsraum. Und Emmen hält sich nicht an Grenzen – weder was ihre Präsenz im Raum noch was ihre Verflechtungen in grössere Gebiete angeht. Sie sind so facettenreich wie verschieden, entwickeln sich mit unvorhersehbaren Geschwindigkeiten und Dynamiken: das Quartier Feldbreite wird nicht wie geplant in den nächsten 20 Jahren entwickelt, sondern ist bereits zur Hälfte gebaut. Auch innerhalb der Strassenfluchten des Seetalplatzes und in die Viscosistadt werden in den nächsten 10 Jahre neue Menschen einziehen. Dies hat immense Auswirkungen auf Emmens Attraktivität und kann auch Wachstumsschmerzen zur Folge haben. Stichworte sind (unter anderen): Ansiedlungen, Verkehr, Raumplanung (haushälterischer Umgang mit Boden), Schulraum, Freizeitangebote. Diese Veränderungsprozesse müssen sorgfältig und zeitgerecht angegangen werden. So schmälern zum Beispiel verstopfte Strassen und Schulzimmer die Attraktivität der Gemeinde enorm. Deshalb können viele Herausforderungen und Lösungsansätze letztlich sinnvoll nur miteinander in Emmen und mit unseren Nachbargemeinden diskutiert werden.

Die Grünen freuen sich auf das Miteinander.

Monique Frey
Kantonsrätin Grüne (Emmen)

STOPP NAHRUNGSMITTEL-SPEKULATION

Weltweit hat noch immer jeder neunte Mensch nicht genug zu essen. Neben Armut, ungerechter Landverteilung und Klimawandel trägt auch die Spekulation mit Nahrungsmitteln dazu bei. Sie führt zu Preisexplosionen, welche vor allem Menschen in Entwicklungsländern sofort im Geldbeutel und Magen spüren. Unter dem Motto «Mit Essen spielt man nicht» haben die JUSO im März 2014 erfolgreich die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» eingereicht.

Die Initiative verbietet unnötige Spekulation. So hilft sie dabei, dass

niemand mehr verhungern muss und Menschen in ihren Heimatländern eine Zukunft haben.

Um zum Kampf gegen den weltweiten Hunger beizutragen, will sie die Investition in Finanzinstrumente verbieten, welche sich auf Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel beziehen. Verträge über die terminliche oder preisliche Absicherung bestimmter Liefermengen sollen weiterhin zulässig sein. Des Weiteren soll sich der Bund auch auf internationaler Ebene für die Bekämpfung der Spekulation mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen einsetzen.

ZU BESUCH BEI DER EMMER BIOBÄUERIN MAYA PROBST HELFENSTEIN



Maya Probst Helfenstein auf ihrem Bio-Betrieb in Emmen.

Was hat dich bzw. euch dazu bewogen auf Bio umzustellen und vor allem auch dabei zu bleiben?

Als Familie mit kleinen Kindern waren wir für Zukunftsfragen sensibilisiert, und wir wollten unseren Teil zu einem schonenden Umgang mit der Natur beitragen. Biologische Landwirtschaft wurde für uns dabei immer selbstverständlicher und aus diesem Grund haben wir unseren Hof bereits 1992 auf Bio umgestellt.

Wieso führt ihr einen Hofladen, und wie erlebst du den Austausch mit deinen KundInnen?

Wir versuchten immer auf unserem Hof möglichst Kreisläufe zu schliessen. Zum Beispiel indem wir als Milchwirtschaftsbetrieb auch Brot-Getreide anbauen, haben wir gleichzeitig unser eigenes Stroh für die Tiere. Mit unserem Mehl backe ich nicht nur für die Familie, sondern auch für den Hofladen. Die Bruch-Körner nehmen wir von der Mühle zurück und verfüttern sie an unsere Hühner. Wir schätzen es sehr, einen Teil unserer Produkte direkt weiterverkaufen zu können. Im Gespräch mit unseren KundInnen können wir viele Zusammenhänge – zum Beispiel warum nicht alles zu jeder Zeit erhältlich ist – erklären. Viele unserer KundInnen sind zu FreundInnen geworden und ihre Rückmeldungen sind für uns sehr wichtig.

Welches sind die Herausforderungen beim Direktverkauf?

Unser Hofladen existiert seit 20 Jahren. Veränderungen gehören aber zum Leben. Unsere Söhne sind bereits ausgezogen oder sind gerade daran. Der eigene Haushalt ist kleiner geworden und als Puffer für Überschüsse nicht mehr von Bedeutung. Deshalb backe ich inzwischen nur noch auf Bestellung. Eine zusätzliche Herausforderung sind die eigenen Kräfte – die Work-Life-Balance.

Sollte man die Beziehung zwischen ProduzentInnen und KundInnen intensivieren, und wie könnte für dich eine gute Lösung aussehen?

Neue Netzwerke zwischen Bäuerinnen/Bauern und KundInnen werden besonders für kleinere Bio-Höfe in Zukunft wichtiger werden. Es stimmt mich zuversichtlich, dass vor allem junge Leute die Initiative ergreifen, auf Bio-Höfe zugehen und sich mit der Nahrungsmittelherstellung auseinandersetzen. Es gibt auch in der Schweiz zunehmend Beispiele für eine sogenannte «Solidarische Landwirtschaft». Diese Form der Landwirtschaft wird z.B. im 2015 erschienenen Buch von Bettina Dyttrich und Giorgio Hösl «Gemeinsam auf den Acker» vorgestellt.

Das Gespräch führte Monique Frey, Kantonsrätin Grüne (Emmen)

VOLKSINITIATIVE «KEINE SPEKULATION MIT NAHRUNGSMITTELN!»

JA



«Der Bund muss die Spekulation mit Agrarrohstoffen endlich verbieten.»

Luzius Hafen, Mitglied Grüne Emmen



Ergreife Partei für das Klima!
www.gruene-luzern.ch

IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne Luzern, Brüggliasse 9, Postfach 7359, 6000 Luzern 7
Postkonto: 60-16103-5

Redaktion: Christian Hochstrasser, Andreas Kappeler, Korintha Bärtsch, Gian Waldvogel, Marco Müller

Kontakt: sekretariat@gruene-luzern.ch

Layout/Grafik: Thomas Küng

Korrektur: Stefanie Wyss

Druck: LZ Print

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich um keine Werbung, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet.

WIE SOLL SICH EMMEN ENTWICKELN?

Gespräch zwischen Jana Aregger, grüne Einwohnerrätin und Marco Huwiler, grünes Mitglied in der Ortsplanungskommission. Obwohl erst Anfang 20 sind beide in der Gemeindepolitik engagiert.

Marco Huwiler: Jana, du bist nun seit knapp 2 Jahren im Einwohnerrat in Emmen für die Grünen aktiv. Was interessiert dich an dieser Tätigkeit?

Jana Aregger: To make the World a better place. Weil ich die Welt verändern möchte soweit ich kann.

Als Einwohnerrätin habe ich das Privileg mit meiner Stimme Einfluss auf die Entwicklung unserer Gemeinde zu nehmen. Weiter erhalte ich Einblicke in Abläufe und politische Prozesse, welche ich sonst niemals erhalten würde. Ich lerne unglaublich viel. Nicht nur was die Staatskunde betrifft, sondern auch für mich persönlich.

Aber es gibt ja nicht nur den Einwohnerrat, wo man sich einbringen kann. Du Marco engagierst dich aktiv in der Ortsplanungskommission. Werden deine Voten dort ernst genommen?

«Die autofreie Gerliswilstrasse wird zum Treffpunkt für alle.»

Jana Aregger,
Einwohnerrätin Grüne Emmen

Huwiler: Klar musste ich zuerst meine Kompetenz beweisen, da ich aber unter anderem Raumplanung studiere, ist mir das nicht schwergefallen. Zudem bin ich jemand, der sich Gehör verschaffen kann, wenn dies nötig wird.

Bei dir im Einwohnerrat sind ja die Themen viel vielfältiger. Du musst dich in Geschäfte zur Schulraumplanung, zur Infrastruktur, zu Bebauungsplänen, zu Sozialem und zu Bauvorlagen äussern. Wie bereitest du dich vor?

Aregger: Einige Wochen vor der Einwohnerratssitzung erhalten alle Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen jeweils einen dicken Brief von der Gemeinde. Darin finden sich die Sitzungseinladung mit der Traktandenliste und die dazugehörigen Unterlagen. Also Vorstösse aus dem Einwohnerrat und deren Beantwortung, Berichte und Anträge und je nachdem auch Baupläne, Bauabrechnungen, Budgets etc.

Diese Unterlagen gilt es vor der Fraktionssitzung zu studieren und sich eine Meinung zu bilden. Manchmal muss man sich zusätzlich noch von Fachleuten oder Beteiligten Informationen holen.

An der Fraktionssitzung wird zusammen mit den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten der SP und der GLP über alle Themen diskutiert. Wir sind eine sehr diskussionsfreudige Fraktionsgemeinschaft. Fragen werden wenn möglich gegenseitig beantwortet oder notiert, um später an den Sitzungen der verantwortlichen Kommissionen zu stellen. Anschliessend bereite ich zu den Themen, für welche ich als Fraktionssprecherin ernannt wurde, oder zu welchen ich mich aus einem anderen Grund äussern möchte, entsprechend der Diskussionen in der



Fraktion und der Antworten aus den Kommissionen meine Voten für die Einwohnerratssitzung vor.

Falls nötig trifft sich die Fraktion ausserdem noch kurz vor der Einwohnerratssitzung um sich über in der Zwischenzeit erlangte Erkenntnisse, kurzfristig geänderte Ausgangslagen oder mögliche Abstimmungsszenarien, auszutauschen

Was fasziniert dich, Marco, eigentlich an Emmen, dass du so aktiv an der Entwicklung der Gemeinde mitarbeitest?

Huwiler: Emmen ist zwar mit seinen 30'000 Einwohnerinnen und Einwohnern auf dem Papier schon längstes eine Stadt, befindet sich aber im Moment erst im Wandel dazu. Ich bin in Emmen aufgewachsen und hätte mir keinen besseren Ort vorstellen können. Um auch noch in 20 Jahren hier zu wohnen, möchte ich diesen Wandel zu einer attraktiven Stadt mitgestalten. In Emmen gibt es noch viele Baustellen, und das meine ich jetzt bildlich und nicht auf die aktuelle Situation bezogen, es fehlt ein Zentrum, aber auch attraktive öffentliche Räume die Begegnungen ermöglichen.

Und was stört dich an Emmen?

Aregger: Am meisten stört mich die Finanzstrategie der Gemeinde. Im

Jahr 2012 beschloss das Emmer Parlament mit einem Stabilisierungsprogramm die Investitionsausgaben für die nächsten 5 Jahre auf 30 Millionen Franken zu plafonieren, also nur noch 6 Millionen Franken pro Jahr zu investieren. Was das wirklich bedeutet merke ich erst, seit ich Einwohnerrätin bin. Unglaublich viele Projekte, welche wichtig zu realisieren wären, müssen auf die lange Bank geschoben werden. Dringend nötige Sanierungen können nicht oder nur unbefriedigend erfolgen, zum Beispiel das Schulhaus Rüeggisingen, gemeindeeigene Betriebe werden privatisiert wie das Betagtenzentrum Emmenfeld und der Gemeinderat will sich Überlegungen zu weiteren Privatisierungen machen, wie er kürzlich in seinem Strategiepapier geschrieben hat. Das wenige Land, welches die Gemeinde noch besitzt wird zur kurzfristigen Budget-Beschönigung verkauft und das Gemeindepersonal läuft am Anschlag. Statt Lebensqualität zu schaffen wird die Tiefsteuerstrategie des Kantons unterstützt. Möglichst wenig bieten nur um möglichst wenig zu verlangen, ist leider noch immer das Ziel vieler Parlamentarier.

Dabei könnte man aus Emmen noch so viel herausholen. Es gäbe ein Zentrum zu schaffen, Begegnungszonen entstehen zu lassen, Raum für Kultur zu bieten, Naherholungsgebieten mehr

Gewicht einzuräumen, den ÖV und den Langsamverkehr zu priorisieren und in das Bildungsangebot zu investieren. Emmen sollte meiner Meinung nach auf ein positives Image als Gemeinde mit hoher Lebensqualität hin arbeiten und nicht dem Vorbild der Steueroase nacheifern.

Hast du Ideen wie wir das als Junge oder Grüne verbessern könnten?

Huwiler: Wir jungen sind voller Visionen und noch unverbraucht. Es liegt an uns, uns für unsere Zukunft einzusetzen. Wir haben oft nur eine Chance und dessen sind wir uns zu wenig bewusst: Wenn die Herdenschwand verkauft ist, ist sie verkauft und das kann man nicht rückgängig machen. Die Emmer Politik handelt für mich zu wenig nachhaltig, sowohl finanziell, sozial wie auch ökologisch. Das Wachstum wird zu stark forciert, ohne sich Gedanken über die Infrastruktur zu machen. Oft ist es in Entwicklungsprozessen so, dass die Politik der Entwicklung hinterher hechelt. Wir Grüne können uns dafür einsetzen, dass Emmen den Entwicklungen einen Schritt voraus ist.

Aregger: Indem sich mehr von uns Jungen so wie du und ich engagieren und wir die Bevölkerung darauf aufmerksam machen, wohin der eingeschlagene politische Weg führt. Es

wird Geduld und Musse brauchen. Eine Veränderung in unserem Sinne hin zu mehr Kultur, Kreativität, Bildung, Freiraum, Gesundheit, Bescheidenheit und Natur kann nicht von heute auf Morgen geschehen. Die politischen Mühlen mahlen langsam und die Ideologien der Menschen sind oft so tief eingeebnet, dass sie selbst mit den einleuchtendsten Argumenten nicht zu überzeugen sind. Doch mit Geduld und Ausdauer werden wir unsere Welt mitgestalten können.

«Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass Emmen den Entwicklungen einen Schritt voraus ist.»

Marco Huwiler, Grüne Emmen

Huwiler: Gerade Agglo Mobil Due und Tre stellen Emmen vor eine grosse Herausforderung. Der 53-er wird abgeschafft und die Direktverbindung nach Luzern geht verloren, am Seetalplatz muss auf die Bahn umgestiegen werden. Leider sind die Umstiegsmöglichkeiten Bus zu Bahn in Emmenbrücke sowie im Gersag unbefriedigend. Barrierefreie, attraktive Möglichkeiten, die eine echte Verbesserung zum heutigen Zustand sind, sollen lauter gefordert werden. Der Bahnhof Emmenbrücke sollte so umgebaut werden, dass der direkte Zugang von den Perrons zum neuen Busterminal gewährleistet ist. Zudem setzen sich die Grünen für einen IR halt in Emmenbrücke ein.

Welches war dein politischer Ablöser im 2015?

Aregger: Auf die Gemeinde Emmen bezogen war das wohl das knappe Ja zum Verkauf der Herdenschwand.

Huwiler: Dieses Interview wollen wir nun aber konstruktiv beenden. Präsentieren wir doch unseren Leserinnen und Lesern noch ein paar unserer Ideen für Emmen.

Aregger: Die autofreie Gerliswilstrasse wird zum Treffpunkt für alle. Auch die Gemeindeverwaltung zieht an den Centralplatz.

Jedes Jahr gibt es ein farbiges Fest der Kulturen mit Essen, Tanz, Musik, Film, Workshops.

Der Schoggiturm wird energetisch saniert und umgenutzt.

Huwiler: Im Rahmen der Hochwassersanierung der Reuss wird eine Flussbadi erstellt.

Das Areal des Flugplatzes wird ein grossen Permakultur Nahrungsmittelpark umgebaut.

Alle Gemeinderäte kommen mit dem Velo oder zu Fuss ins Gemeindehaus und sind so Vorbilder für den ökologischen Wandel den unsere Welt braucht.

Jana Aregger, 22, Primarschule Emmen Dorf. Ist nach der Matur im zweiten Lehrjahr für ihre Ausbildung als Grafikerin, Einwohnerrätin der Grünen, Co-Präsidentin der Jungen Grünen Kanton Luzern

Marco Huwiler, 22, Primarschule Rüeggisingen&Gersag. Studiert an der ETH Zürich Geomatik&Planung, Mitglied Ortsplanungskommission Emmen

FLÜCHTLINGE STUDIIEREN LASSEN!

Es gibt das Vorurteil, dass Flüchtlinge bezüglich ihrer Ausbildung schlecht qualifiziert seien. Darum habe ich in der Herbstsession 2015 angeregt, dass in der Schweiz die Ausbildung der Flüchtlinge anerkannt bzw. angerechnet werden soll. Zum Beispiel sollten geflüchtete Studierende ihr Studium hier beenden können.

Die Schweiz könnte spezielle Kontingente für temporäre Aufenthalte von syrischen StudentInnen schaffen, die hier ihr Studium beenden und danach mit ihrem Wissen zum Wiederaufbau ihres hoffentlich dann wieder befriedeten Landes beitragen können.

Studium fortsetzen

Es darf nicht sein, dass Flüchtlinge in der Schweiz praktisch vor dem Nichts stehen, weil es keine Möglichkeiten gibt, rasch das Studium weiterzuführen. Zumindest für Studierende mit Deutsch-, Französisch- oder Englisch-Kenntnissen müsste das möglich sein – immerhin haben wir auch heute schon Austausch-Studierende, die nicht perfekt deutsch sprechen. Deutschland ist hier offener, wie ein Beitrag vom 26. August 2015 in der Aargauer Zeitung aufzeigte.

Schweiz macht wenig

Der Bundesrat hat Anfang Jahr zwar angekündigt, ein Kontingent von

2'000 Syrien-Flüchtlingen zu bewilligen und 1'000 Personen den Familiennachzug zu erlauben, geschehen ist bis jetzt aber wenig. Umso wichtiger wäre es, nun vorwärts zu machen, um



«Ungarnflüchtlinge, welche 1956 Schutz in der Schweiz fanden, konnten danach ihr Studium abschliessen.»

Balthasar Glättli

zusätzliche Möglichkeiten für einen vorübergehenden Schutz bedrohter Menschen aus Syrien zu schaffen.

Ungarn als Vorbild

Für eine erleichterte Wiederaufnahme des Studiums gibt es in der Schweiz ein tolles historisches Vorbild: Ungarn-Flüchtlinge, die 1956 Schutz in der Schweiz gefunden hatten, konnten danach ihr Studium abschliessen. Im Hauptgebäude der Universität Zürich wurde 2006 eine Gedenktafel eingeweiht. Diese wurde von zwölf ehemali-

gen ungarischen Medizinstudierenden finanziert. Im Bericht der «UniNews» von 2006 ist Folgendes zu lesen:

«An der Einweihung der Gedenktafel waren auch ehemalige Mitglieder der «Studentischen Direkthilfe Schweiz-Ungarn» anwesend, darunter Alt-Bundesrätin Elisabeth Kopp, die damals an der Universität Zürich Rechtswissenschaft studierte und als 19-Jährige die Direkthilfe mitgründete.»

Direkthilfe für Wohnraum

Rund 20 Studierende engagierten sich in der Direkthilfe, erzählt die damalige Helferin Lilian Jaeggi-Landolf anlässlich der Gedenkfeier. Einige Studierende seien nach Österreich und ins damalige Jugoslawien gereist, um geflüchtete ungarische Studierende in Empfang zu nehmen und nach Zürich zu begleiten. Auch der Ursprung der heute noch aktiven «WOKO» (Studentischen Wohngemeinschaft Zürich) liegt laut dem Bericht in dieser Zeit: Anlass für die Gründung war die Suche nach Wohnraum für Flüchtlinge. Wir sollten dieses schweizerische Vorbild ernst nehmen und auch 60 Jahre später Flüchtlinge an unseren Universitäten studieren lassen.

Balthasar Glättli, Nationalrat (ZH), Präsident der Grünen Fraktion im Bundeshaus

EINDRÜCKE AUS DEM BALKAN: HINTER JEDEM FLÜCHTLING STECKT EIN SCHICKSAL



Familien sind auf der Balkanroute unter schwierigen Bedingungen auf der Flucht. Bild: Fabian Takacs

Letzten Sommer bereiste ich als privilegierter Schweizer ohne Zollschikanen die Balkanregion. Was ich sonst nur aus den Medien kannte, wurde auf einen Schlag dramatische Realität. Die Folgen des Versagens der europäischen Gemeinschaft, die sich gerne aufgeklärt und humanistisch schimpft, waren erschreckend.

und heiss, die hygienischen Bedingungen miserabel. Es stank teilweise fürchterlich. Kinder wurden neben ToiToi-Toiletten gewickelt, Menschen schliefen auf Karton. Mittlerweile haben wir Winter. Die Bedingungen jener Menschen auf der Flucht haben sich inzwischen verschärft – jetzt ist es in diesen Regionen bitterkalt.



«Es geht um Menschen, die Diktatoren, Krieg und Willkür den Rücken kehren»

Tausende Flüchtlinge – von bürgerlicher Seite nur zu gerne zu Zahlen ohne Gesichter degradiert – harrten rund um die Bahnhöfe aus. Es war Sommer

Zurück in der Schweiz, lese ich Kommentare von unangenehmen ZeitgenossInnen. Die Rede ist dabei von «Scheinasylanten» und «gefährlichen Sozialschmarotzern». Das Repertoire an Hässlichkeit kennt keine Grenzen. Als hätten Menschen auf der Flucht vor Armut und Verfolgung nicht andere Sorgen als das Ertragen unserer unreflektierten Wut und des Fremdenhasses. Stehen wir hin und zollen den Menschen Respekt, die für eine bessere Zukunft ihr bisheriges Leben hinter sich lassen und Diktatoren, Krieg und Willkür den Rücken kehren. #SchutzstattHetze

Fabian Takacs
Einwohnerat Grüne Kriens

ALLTAG IM ASYLZENTRUM



Bewohner des Asylzentrums Hirschpark im Gespräch mit Engagierten der Aktion 72-Stunden.

Schon bevor das Asylzentrum Hirschpark eröffnet wurde, haben sich die Bewohnerinnen und Bewohner des St. Karliquartiers wohlwollend auf die neuen Gäste eingestellt. Gezeigt hat sich dies sehr eindrücklich an der Informationsveranstaltung des Kantons im Pfarreizentrum St. Karl. Nun gehören die mehr als 100 Asylbewerber und Flüchtlinge genauso zum Quartierbild wie die Menschen aus 76 Na-

tionen im BaBeL-Quartier: Wir sind es uns gewohnt, anders aussehende Menschen auf der Strasse anzutreffen.

Es gibt verschiedene konkrete Kontakte zwischen der Pfarrei und dem Asylzentrum:

So ist die Pfarrei in der Begleitgruppe des Asylzentrums vertreten. Beim Projekt «Adventsfenster» hat sich

das Asylzentrum bereits zu zweiten Mal beteiligt. – Asylbewerberinnen haben zudem beim Bestreiken der St. Karli-Brücke mitgemacht und mit Jungwacht/Blauring sowie young caritas im September im Rahmen der 72h-Aktion ein Quartierfest auf dem Schulhausplatz St. Karli auf die Beine gestellt.

Silvia Huber, Pfarreileiterin St. Karl

DURCHSETZUNGS- INITIATIVE

Bei Annahme dieser Initiative werden auch verurteilte AusländerInnen ausgewiesen, die sich lediglich wiederholte Bagatelldelikte zu Schulde kommen liessen. Dabei werden weder die Umstände der Tat, der Aufenthaltsstatus noch das geltende Völkerrecht beachtet.

Die Initiative verstösst gegen die Rechtsordnung, da sie das Prinzip der Verhältnismässigkeit missachtet. Durch die automatisch zu erfolgenden Ausschaffungen würde nicht auf die individuellen Fälle und Umstände eingegangen. Falls diese Initiative

akzeptiert wird, würden auch AusländerInnen der zweiten und dritten Generation selbst für kleine, gewaltfreie Vergehen, automatisch aus der Schweiz ausgewiesen werden.

Im Gegensatz zu dieser Initiative sieht das zur Zeit angewendete Gesetz über die Ausweisung von kriminellen Ausländern eine Härtefallklausel vor. Diese erlaubt es in aussergewöhnlichen Situationen Ausnahmen zu machen, insbesondere bei AusländerInnen, die in der Schweiz geboren und aufgewachsen sind.

DURCHSETZUNGSINITIATIVE

NEIN



«AusländerInnen der dritten Generation würden für gewaltfreie Vergehen in für sie völlig fremde Länder ausgewiesen.»

Jana Aregger, Einwohnerrätin, Co-Präsidentin Junge Grüne

GEMEINNÜTZIGES BAUEN UND WOHNEN FÖRDERN!

Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region Luzern ist gross. Vor allem mangelt es an Wohnungen, die auch für Leute mit kleinem und mittlerem Budget erschwinglich sind. Vor diesem Hintergrund sind von den Gemeinden besondere Massnahmen gefordert. Gute Bedingungen für die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften sind sehr wichtig.

Wohnpolitik ist zentral

Eine sozialverträgliche Wohnpolitik ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben einer Gemeinde oder Stadt. Die Befriedigung eines existenziellen Grundbedürfnisses des Menschen wird dadurch ermöglicht. Es geht dabei vor allem um drei Forderungen: Erstens genügend Wohnraum. Zweitens muss das Wohnungsangebot die Bedürfnisse aller Bevölkerungsschichten abdecken. Und drittens muss der Wohnraum für alle Menschen bezahlbar sein.

Verdichtung und gute Architektur

Es ist wichtig, die vorhandenen Landreserven besser zu nutzen. So müssen die Gebäude höher gebaut und Verdichtungen vorgenommen werden. Dies führt nur zu guten Ergebnissen, wenn an die Qualität der Architektur und vor allem auch an die Aussenraumgestaltung hohe Anforderungen gestellt werden. Zudem ist eine gute Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr unabdingbar. Und nicht zu-

letzt muss auch das Zusammenleben durch eine aktive Quartierpolitik gefördert werden.



«**Der Wohnraum muss für alle Menschen – ungeachtet ihres Einkommens – bezahlbar sein.**»

Ruedi Meier

NACHGEFRAGT bei Louis Schelbert



Wohnbaugenossenschaften: zuverlässig, sozial und fair

Die Wohnbaugenossenschaften nehmen bei dieser Entwicklung eine zentrale Rolle ein. In vielen Gemeinden, aber auch in den Städten übernehmen diese seit Jahrzehnten eine grosse Verantwortung. Sie bieten gute und bezahlbare Wohnungen an, kümmern sich um soziale und städtebauliche Anliegen, erneuern den Wohnraum regelmässig und vergrössern ihr Angebot. Zudem sind sie für Baurechtslösungen offen, die für Gemeinden und Städte sehr attraktiv sind.

Auftrag durch die Stadtbevölkerung

Die Stadtbevölkerung hat die Vorteile erkannt und im Jahre 2012 dem Luzerner Stadtrat den Auftrag erteilt, den Anteil der gemeinnützigen Wohnungen von 13 auf 16 Prozent, d.h. um

Wie funktioniert eine Wohnbaugenossenschaft, die gemeinnützig ist?

Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften orientieren sich am Gemeinwohl, erheben daher Mietzinsen ohne Gewinnabsicht und nach Massgabe der anfallenden Kosten. Zudem werden in Siedlungen von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften die Pflege von Nachbarschaft und gegenseitiger Unterstützung begünstigt.

Louis Schelbert, Nationalrat Grüne Luzern, Präsident des Verbandes Wohnbaugenossenschaften Schweiz (mehr als 1'100 Mitglied-Genossenschaften mit über 140'000 Wohnungen)

rund 2'300 Wohnungen zu erhöhen. Auch die Agglomerationsgemeinden sehen vermehrt die Vorteile des gemeinnützigen Wohnbaus. Der Kanton und die Landgemeinden sollten nun in diese Wohnbaupolitik einsteigen.

Faire und vernünftige Rahmenbedingungen

Genossenschaften können ihren Auftrag nur erfüllen, wenn sie unterstützt werden. Dies heisst konkret, dass die Genossenschaften zu vernünftigen Konditionen – unabhängig davon, ob nun das Land gekauft oder im Baurecht erworben wird – Zugang zu Landreserven erhalten. Zudem sind die Genossenschaften darauf angewiesen, dass sie das Land durch eine optimale Bebauung gut ausnützen können.

Unter diesen Bedingungen kann der gemeinnützige Wohnungsbau alle seine Qualitäten entfalten. Davon profitieren nicht nur die BewohnerInnen der Genossenschaften selber, sondern auch die Gemeinden und Städte.

So führen Genossenschaftsbauten zu gut durchmischten und sozial funktionierenden Siedlungen für alle Bevölkerungsgruppen, zu attraktiver Architektur und Aussenräumen sowie zu regelmässigen Steuereinnahmen und Baurechtszinsen.

Ruedi Meier, 2000 bis 2012 Stadtrat/Sozialdirektor von Luzern (Grüne), seit 2012 Präsident der Allgemeinen Baugenossenschaft Luzern abl

WOHNPREISE STARK ANGESTIEGEN



Gemäss letzten Meldungen soll sich der Wohnungsmarkt wieder entspannt haben. Können wir jetzt aufatmen?

Michael Töngi: Nein – die Wohnpreise sind in den letzten Jahren nirgends so stark angestiegen wie im Raum Luzern. Wer jetzt eine neue Wohnung sucht, hat es in Luzern und Umgebung weiterhin schwer. Vor allem, wenn diese Person kein dickes Portemonnaie hat.

Momentan wird viel gebaut, sinken deshalb auch die Mieten?

Es fragt sich immer, wer baut. Sind es renditeorientierte Unternehmen mit hohen Gewinnmargen? Oder werden Wohnungen gebaut, die dem Renditedruck entzogen wurden? Hier sind die Wohnbaugenossenschaften gefragt: Sie bieten nicht nur preisgünstigen Wohnraum an, sie schauen auch, dass die Wohnungen gut belegt sind. So helfen sie mit, die Zersiedlung zu stoppen.

Werden Genossenschaften genügend gefördert?

Einzelne Gemeinden wie die Stadt Luzern unternehmen wieder mehr für den Bau und Erhalt von preisgünstigen Wohnungen. Kanton und

«**Der Bund kann gute Rahmenbedingungen schaffen.**»

Bund machen fast nichts. Deshalb hat der Mieterinnen- und Mieterverband eine Initiative gestartet, die Bund und Kantone mehr in die Pflicht nehmen soll.

Aber der Bund kann ja nicht selber Wohnungen bauen?

Das muss er auch nicht. Aber er kann gute Rahmenbedingungen schaffen. Indem er etwa den Gemeinden ein Vorkaufsrecht zu Gunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus ermöglicht oder diesen eigene Grundstücke anbietet. Möglich sind weiter Verpflichtungen für Bauherren, auch in Renditeüberbauungen preisgünstige Wohnungen zu schaffen.

Michael Töngi, Kantonsrat Grüne (Kriens), Generalsekretär Schweizerischer Mieterinnen und Mieterverband

DIE GENOSSENSCHAFTSSIEDLUNG NEU ERFUNDEN



Bild: Doris Fanconi

Manchmal sollte man auch über den Luzerner Tellerrand hinaus schauen. In der Kalkbreite in Zürich wurde in den letzten Jahren eine neuartige Genossenschaftssiedlung entwickelt. Ganz unten stehen Trams der VBZ im Depot, darüber befinden sich unkonventionelle Läden, ein Kino, eine Kita und oben sind Wohnungen

und Büros. Die Grundidee: Wohnen, Arbeiten und Freizeit gehören eng zusammen. Bezahlbarer Wohnraum und ökologische Ideen werden verbunden. Das Lebensgefühl in der Kalkbreite beschreibt der Zürcher Tagesanzeiger so: «Wenn sich Stadtzürcher plötzlich grüssen».

MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN

Mit einer nationalen Initiative wollen die InitiantInnen Bund und Kantone verpflichten, sich stärker für den preisgünstigen Wohnungsbau zu engagieren. Konkret sollen zehn Prozent der neu gebauten Wohnungen im Besitz von gemeinnützigen Wohnbauträgern sein. Die Grünen unterstützen diese Initiative.

bezahlbare-wohnungen.ch

SECHS ANTWORTEN ZUR 2. RÖHRE AM GOTTHARD



Der Brenner ist durchgehend vierspurig und erstickt in der Lastwagenlawine – er hat mehr als doppelt so viele Lastwagen pro Jahr zu verkraften wie der Gotthard.

Bild: Alpen-Initiative / foto@zoom-tirol.com

Bringt eine 2. Röhre mehr Verkehr?

Mit einer zweiten Röhre für den Gotthard-Strassentunnel werden die Strassen-Kapazitäten am Gotthard verdoppelt. Zwar wird auf Gesetzesebene das Benützen von nur zwei statt vier Spuren verankert, dies könnte auf Druck der EU und der inländischen Asphalt-Lobby aber später angepasst werden. Der Gotthard würde mit einer zweiten Röhre zur kürzesten vierspurigen Strassenverbindung zwischen Nord- und Südeuropa werden. Das Verkehrsaufkommen gliche sich dem Niveau des Brenners mit zwei Millionen Lastwagen pro Jahr an.

Wie wird die zweite Röhre finanziert?

Eine zweite Röhre würde rund drei Milliarden Franken mehr kosten als die Sanierung des bestehenden Tunnels. Dieses Geld würde bei der Lösung von viel dringenderen Verkehrsproblemen in den Agglomerationen fehlen, denn ab 2018 besteht ohnehin eine jährliche Finanzierungslücke von 1,2 Milliarden Franken. Zahlreiche Infrastrukturprojekte in urbanen Regionen, darunter auch solche, die den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr betreffen, könnten wegen einer zweiten Röhre nicht oder nur mit grosser Verspätung finanziert werden.

Bringt eine zweite Röhre mehr Sicherheit?

Eine zweite Röhre würde sich negativ auf die Sicherheit auswirken. Eine Studie der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) besagt, dass nur schon der durch eine zweite Röhre provozierte Mehrverkehr von 3% auf der gesamten Schweizer Nord-Süd-Achse zu mehr Unfällen führen würde. Das heisst: Etwas mehr Sicherheit auf 17 Kilometern Gotthardtunnel, aber ein viel grösseres Risiko für Unfälle auf den 300 Kilometern zwischen Basel und Chiasso. Die effizienteste Massnahme zu einer Verbesserung der Sicherheit ist die vom Volk verlangte Verlagerung des

Schwerverkehrs auf die Schiene, da die gravierendsten Unfälle durch Lastwagen verursacht werden.

Wie wirkt sich eine zweite Röhre auf den Alpenraum aus?

In den Alpen verursacht ein Lastwagen dreimal so viel Luftverschmutzung wie im Mittelland. Auch der Verkehrslärm breitet sich in den engen Alpentälern ähnlich stark aus wie in einer städtischen Strassenschlucht. Die Klimaerwärmung, die durch den Mehrverkehr verstärkt würde, würde sich in den Bergen viel verheerender als in anderen Gebieten auswirken. Deshalb muss der Alpenraum besonders geschützt werden.

Welche Folgen hat der Mehrverkehr auf die Gesundheit?

Schon heute sterben jährlich 3'000 Personen an Folgen der Luftverschmutzung. Auch der Strassenlärm ist ein Problem, von dem jede/r fünfte/r SchweizerIn betroffen ist. Eine zweite Röhre würde mehr Verkehr generieren und zu noch mehr

Luft- und Lärmverschmutzung führen. Die Bevölkerung litte verstärkt an Atemwegs- oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Nervosität, Müdigkeit oder Bluthochdruck.

Welche Auswirkungen hat eine zweite Röhre auf das Klima?

Der Lastwagen-Transport verursacht pro Tonnenkilometer rund 15-mal so viele Treibhausgase wie der Transport mit der Bahn. Deshalb hat sich die Schweizer Stimmbevölkerung 1994 für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene entschieden. Bei konsequenter Verlagerung der Gütertransporte auf die umweltfreundlichere Bahn können pro Jahr 175'000 Tonnen CO₂ vermieden werden. Die Verlagerungspolitik leistet also einen bedeutenden Beitrag zur Erreichung der klima- und energiepolitischen Ziele der Schweiz. Eine zweite Röhre würde die Strasse zu Lasten der Schiene stärken und die dringend notwendige Verkehrs- und Energiewende massiv gefährden.

2. RÖHRE AM GOTTHARD

NEIN



«Von vier Spuren nur zwei benutzen: Teuer und unglaublich.»

Patrick Graf, Einwohnerrat Grüne Emmen

VERKEHR EMMEN

Jeden Tag fahren doppelt so viele Autos über den Seetalplatz wie Emmen EinwohnerInnen hat. Dazu kommen noch die Autos und Lastwagen, die Emmen auf der A2 durchqueren. Was hat Emmen davon?

Fast der gesamte Verkehr der A2 ist Durchgangsverkehr und auch die Gerliswil- und Seetalstrasse sind dominiert davon. Es gibt zwar in Emmen Arbeitsplätze und auch die Einkaufszentren profitieren von einem guten Verkehrsanschluss. Aber eine Abkehr von der einseitigen Verkehrspolitik, von der vor allem AutofahrerInnen profitieren, ist angezeigt. Der tägliche Stau auf der Gerliswil- und Seetalstrasse verursacht Lärm und Gestank für alle EmmerInnen.

Mehr Verkehr für Emmen

Es braucht nicht nur lokal eine umsichtige Verkehrspolitik, sondern auch national. Sicher ist, dass die drei Milliarden Schweizer Franken für einen zweiten Autotunnel am Gotthard das falsche Rezept sind. Denn die Auswirkungen der zweiten Röhre wären verheerend: Wahrscheinlich müsste der Bund dem Druck nachgeben und bald die beiden Röhren mit zwei Spuren öffnen. Das würde auch die Gemeinde Emmen spüren, da die A2 die Hauptzubringerin zum Gotthard ist. Die Verkehrsmenge würde sich verdoppeln, die A2 wäre noch mehr belastet und es würde Ausweichverkehr durch Emmen generiert.

Die Grünen schlagen als Lösung vor, dass der Gotthardtunnel zwar saniert werden soll, aber keine zweite Röhre

gebaut wird. Denn nur so haben wir die Sicherheit, dass nicht noch mehr Durchgangsverkehr durch die Alpen, aber eben auch durch Emmen rollen wird. In der Agglomeration muss ebenso wie in der Stadt Luzern ein klarer Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel angestrebt werden. Dieser muss durch Busspuren und Lichtsignalanlagen priorisiert werden. Für die kurzen Wege sind Velo und das Zu-Fuss-Gehen am schnellsten und gesündesten. Dafür braucht es sichere und durchgehende Velo- und Fusswege.

Die Grünen werden dies vehement in der Ortsplanungsrevision und dem zu überarbeitenden Erschliessungs- und Verkehrsrichtplan einfordern. Vor der Revision muss zwingend eine Schwachstellenanalyse gemacht werden.

TRANSPARENZ STATT INTERESSENKONFLIKTE

Die Bevölkerung hat ein Recht darauf zu wissen, welche Entscheide gefällt wurden und wie die Steuergelder ausgegeben werden. Das Vertrauen der Bevölkerung ist das höchste Gut von Regierung und Verwaltung. Was gestern noch in Hinterzimmern besprochen wurde, muss heute der Öffentlichkeit transparent gemacht werden.

Die Grüne Fraktion im Grossstadtrat hat sich – wie die folgenden Beispiele aufzeigen – mit verschiedenen Vorstössen erfolgreich für mehr Transparenz eingesetzt:

Offenlegung der Löhne

Verwaltungsräte und Geschäftsleitungsmitglieder der städtischen Aktiengesellschaften vbl, ewl und Viva Luzern müssen ihre Vergütung in



«Transparenz statt Hinterzimmermauschel. Das schafft Vertrauen in die Stadt.»

Urban Frye
Grossstadtrat Grüne

Zukunft offenlegen. Zudem müssen Verwaltungsratsmandate öffentlich ausgeschrieben werden. Dank eines

Postulats der Grünen muss der Stadtrat hier mit der Privatwirtschaft nachziehen.

Abgangsentschädigungen

Die Stadt darf in Zukunft keine Abgangsentschädigungen – sogenannte goldene Fallschirme – mehr zahlen. Ausnahmen sind soziale Härtefälle. Diese Bestimmung wurde aufgrund einer überwiesenen Motion der Grünen festgelegt.

Nebenbeschäftigungen

Der Stadtrat muss bei Nebenbeschäftigungen oder Tätigkeiten seiner MitarbeiterInnen in privaten Organisationen prüfen, ob Interessenkonflikte ausgeschlossen werden können. Der Auslöser hierzu war wiederum eine Motion der Grünen für eine bessere «Corporate Governance».

Transparenz bei städtischen Beiträgen: Für Kongresse, Fernsehen, Grossveranstaltungen und die Wirtschaftsförderung sprach die Stadt Beiträge, ohne diese offenzulegen. Dank eines Postulats der Grünen müssen diese von nun an veröffentlicht werden.

Die Grünen fordern in Stadt und Kanton die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips. Der Kantonsrat hat dies erst kürzlich abgelehnt. Luzern ist mit dieser Haltung im schweizerischen Vergleich fast alleine und äusserst rückständig. Die Grünen bleiben dran.



ATOMAUSSTIEG IST MIT WEITERBETRIEB VON BEZNAU UNGLAUBWÜRDIG

Der Bundesrat hat die Energiestrategie 2050 vorgestellt. Er zeigt auf, dass es möglich ist, die AKWs abzustellen und damit bis 2034 vollständig aus der Atomenergie auszusteigen. Doch auf Druck der AKW-Wirtschaft hat der Bundesrat seine Vorlage massiv abgeschwächt. Diese verbietet zwar neue AKWs, aber die alten und noch viel gefährlicheren AKWs sollen nicht abgestellt werden.

Der Bundesrat und die bürgerlichen AKW-BefürworterInnen betonen, dass für sie die Sicherheit bei den AKWs oberstes Gebot sei. Die bevorzugte Behandlung der alten AKWs steht aber dieser Aussage diametral entgegen.

«Das ENSI erkennt Sicherheitsmängel, fordert aber keine Korrektur.»

Die Umwelt-Kommission des Nationalrats (UREK-N) hat nun zumindest die ENSI-Forderung nach einer verschärften Sicherheitsüberprüfung nach 40 Jahren Laufzeit unterstützt.

Grosse Sicherheitsmängel

Wäre diese bei Beznau seriös durchgeführt worden, hätten diese beiden Reaktoren schon vor fünf Jahren still-



Bastien Girod kämpft vor dem AKW Beznau für die sofortige Abschaltung.

gelegt werden müssen. Denn Beznau hat aufgrund der überholten Bauweise eklatante Sicherheitsmängel, wie nachfolgend aufgezeigt wird:

Fehlende Automatisierung: Beznau benötigt im Falle einer Störung Arbeitsschritte, die innert 30 Minuten

ausgeführt werden müssen, damit es nicht zum Unfall kommt.

Fehlende räumliche Trennung: Sicherheitsrelevante Anlagen sind räumlich nicht getrennt, womit eine Explosion gleich zwei Systeme lahmlegen kann.

Flugzeugabsturz: Die beiden oben genannten Mängel erhöhen die Gefahr, die bei einem gezielten Flugzeugabsturz droht. Wie kürzlich eine Flugzeugentführung nach Genf gezeigt hat, besteht dieses Risiko auch noch nach dem 11. September 2001. Und gemäss FlugexpertInnen ist ein

gezielter Flugzeug-Absturz auf ein AKW möglich.

Das Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI anerkennt diese Sicherheitsmängel, fordert aber keine Korrektur, was auch mit der fehlenden Unabhängigkeit des ENSI und der ungenügenden rechtlichen Überprüfbarkeit von ENSI-Entscheiden zu tun hat.

Erneuerbare reichen

Die sechs TWh, die Beznau I und II produzieren, liessen sich einfach durch erneuerbare Energien ersetzen. Schon nur mit einer Verdopplung des Zubaus, den wir bereits 2013 erlebt hatten, würde bis 2020 6.5 TWh mit neuen erneuerbaren Energien produziert. Erfahrungen im Ausland zeigen, dass auch ein noch grösserer Zubau problemlos möglich wäre. Schliesslich haben wir in Europa nicht einen Mangel, sondern eine Überproduktion an Strom. Deshalb würde das Abstellen der AKWs auch den Markt beruhigen, wovon zum Beispiel auch die Schweizer Wasserkraft profitieren würde.



Bastien Girod, Vizepräsident Grüne Schweiz, Nationalrat ZH, Mitglied UREK

INNOVATIONSPARK FLUGPLATZ EMMEN



Bild: Reportair.ch

Seit dem Nein zur Beschaffung der Gripen-Kampffjets ist es relativ ruhig geworden um den Flugplatz Emmen. Das ist gut, denn die Jets wären hier stationiert worden. Aber wie geht es nun weiter?

Auf dem Flugplatz Dübendorf wird ein grosser Innovationspark geplant. Die Standortgemeinde und der Kanton wollen den Flugplatz dafür am liebsten ganz schliessen, der Bund will aber nichts davon wissen. Er hat das Sagen und will Dübendorf für die Geschäftsfligerei nutzen.

Kein Zivilflugplatz

Emmen wird dagegen auf absehbare Zeit Militärflugplatz bleiben und das ist nicht das Schlechteste: Mittag, Nacht und Wochenende sind flugfrei. Ginge die Luftwaffe ganz weg, würde der Druck auf eine touristische Nutzung mit einem 7 x 24 Stunden-

Betrieb riesig, auch wenn der Betrieb weder rentabel noch zukunftsgerichtet wäre.

Technopark

Aber die Rüstungskonversion muss weiter gehen. Es braucht nicht mehr Kampffjets, das Geld soll investiert werden in einen Innovationspark Flugplatz Emmen. Zum Beispiel mit dem Fokus auf technische Entwicklungen, die den Flugverkehr ökologischer machen. Die Grünen Emmen haben 1996 ein Postulat für einen Technopark in der Emmenweid eingereicht, auch nach 20 Jahren noch brandaktuell. Die Emmenweid ist zwar mittlerweile besetzt, auf dem Flugplatz sind die Grundlagen für einen Innovationspark aber vorhanden: Sehr gute technische Infrastruktur und hochqualifizierte Mitarbeitende. Wenig Landverbrauch, hochwertige Arbeitsplätze und wenig Zusatzverkehr müssen die Ziele für die Umsetzung des Projektes sein.

ZERSIEDELUNG STOPPEN – GEMEINSAME WOHN-RÄUME SCHAFFEN



Alle 45 Minuten wird ein Einfamilienhaus gebaut, täglich werden Grünflächen in der Grösse von acht Fussballfeldern zur Betonwüste. Mit der Zersiedelungsinitiative setzen die Jungen Grünen den Gegentrend zur Zubetonierung der Schweiz und bieten Alternativen für ein gemeinschaftliches Wohnen.

Die Zersiedelung schreitet in der Schweiz ungebremst voran. In den letzten 50 Jahren wurde in der Schweiz ebenso viel Fläche für Siedlungszwecke beansprucht wie bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts. Die Zersiedelung führt zu massivem Mehrverkehr und zu leblosen Schlafstädten in der Agglomeration und auf dem Land. Die sozialen und ökologischen Folgen der Zersiedelung sind gravierend. Leider fehlen auch im neuen Raumplanungsgesetz griffige Massnahmen dagegen. Das sind alles Gründe für die Forderung nach einem neuen Lebensent-

wurf, in dem eine qualitative Verdichtung nach innen statt Abschottung nach aussen die Maxime ist.



«Die Initiative fordert einen Einzonungsstopp und nachhaltige Quartiere.»

Gemeinschaftliches Wohnen und Arbeiten

Die Initiative fordert nicht nur einen Einzonungs-Stopp und verdichtetes Bauen, sondern sie ermöglicht auch

ein modernes gemeinschaftliches Wohnen und Arbeiten. Die Vision sind sogenannte «Nachhaltige Quartiere». Unter diesen versteht der Bund urbane Räume mit rund 500 EinwohnerInnen, einem lokalem Zentrum, grosszügiger Grünfläche und sehr geringem Landverbrauch. Verschiedene bereits realisierte Projekte in der Schweiz zeigen, dass ein solches Leben keine Utopie ist.

Irina Studhalter, Co-Präsidentin Junge Grüne Kt. Luzern

Eine Vision, die Ihre Unterstützung braucht

Die Jungen Grünen sind auf jede Unterschrift angewiesen. Der Unterschriftenbogen findet sich online auf

www.zersiedelung-stoppen.ch

ÜBERBAUUNGEN AM SEETALPLATZ – GROSSE CHANCE NICHT VERPASSEN!

In den nächsten Jahren werden die Baufelder rund um den Seetalplatz überbaut. Im neuen «Stadtzentrum Luzern Nord» gleich neben Bahnhof und Busbahnhof ist ein neues kantonales Verwaltungszentrum geplant, und dazu attraktive Wohnungen an der kleinen Emme und zentral gelegene Büros, Läden, Restaurants etc.

Die geplanten Bebauungen am Seetalplatz sind zusammen das mit Abstand grösste Bauprojekt aller Zeiten in Emmen und wird Emmen in Zukunft sehr stark prägen. Es ist darum extrem wichtig, dass auch in allen Bereichen zukunftsgerichtet geplant wird. Die Wettbewerbspflicht und die Kontrolle durch ein städtebauliches Begleitgremium sind darum von grosser Bedeutung.

Eine so grosse Überbauung verursacht aber auch viel Verkehr. Es ist daher richtig, dass in den Bebauungsplänen die Fahrten limitiert sind und dass die Parkplätze bewirtschaftet werden müssen. Schliesslich soll der neue Seetalplatz nach über 100 Millionen Investitionen nicht schon bald wieder im Verkehr versinken. Und die Voraussetzungen für eine verkehrssame Bebauung sind wohl nirgends so ideal wie hier. Wo sonst ist ein Gebiet zu zentral und hervorragend mit dem

ÖV erschlossen und kann gleichzeitig praktisch auf der grünen Wiese geplant werden.

Die Grünen Emmen sind der Meinung, dass die 7'400 zulässigen Fahrten für die 4 Emmer Baubereiche angesichts dieser optimalen Bedingungen zu hoch sind. Das entspricht rund 15 % des heutigen gesamten Verkehrs auf dem Seetalplatz – bei einem Verkehrsknoten, der praktisch dem ganzen Kanton dient. Die Grünen haben daher im Emmer Einwohnerrat Anträge gestellt, um die zulässigen Fahrten weiter zu reduzieren – leider ohne Erfolg.

Attraktive Veloparkplätze

Der neue Seetalplatz wird aber nicht nur für den ÖV gut erschlossen sein, sondern auch für den Langsamverkehr – mit eigener Langsamverkehrsachse und Direktverbindung via Xylophonweg nach Luzern. Das funktioniert aber nur, wenn auch genügend Veloparkplätze vorhanden sind. Die Grünen setzen sich daher für griffige Vorgaben dazu ein. Leider war die bürgerliche Einwohnerrats-Mehrheit aber nur für schwammige Formulierungen zu haben.

SVP und FDP als Verhinderer

Ein ganz zentraler Punkt sind für die Grünen die Energievorschriften. In

den Bebauungsplänen wurde richtigerweise ein strenger Energiestandard gefordert. Gebaut werden sollte mindestens nach Minergie-P-Eco oder Minergie-A-Eco-Standard – oder als Alternative mit der Zertifizierung als 2'000-Watt-Areal. Leider hat sich hier aber ganz knapp eine Verhinderer-Koalition aus FDP und SVP durchgesetzt und sämtliche Energievorschriften gestrichen – gegen jegliche Vernunft und gegen ihre eigene Gemeinderatsmehrheit. Damit gilt nun nur noch das zahnlose kantonale Energiegesetz. Diesen Entscheid – 3 Tage nach der Einigung an der Pariser Welt-Klimakonferenz – finden die Grünen absolut fatal, rückwärtsgewandt und geradezu verantwortungslos. Schliesslich baut Emmen hier für die Zukunft, und die Gebäude werden noch viele Jahrzehnte erhalten bleiben – zusammen mit ihrem Energieverbrauch.

Damit hat sich einmal mehr gezeigt, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in Emmen unbedingt ändern müssen. Nur so besteht vielleicht noch eine Chance, dass dieses eigentlich tolle Projekt zu einer zukunftsgerichteten Überbauung wird und nicht zu einer Energie- und Verkehrspolitischen Altlast!

IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN STATT STEUERN SENKEN UND SPAREN!

In Emmen ist die finanzielle Situation der öffentlichen Hand seit längerer Zeit sehr ungünstig. Die Lage hat sich durch die Steuersenkungsstrategie des Kantons noch verschärft.

Vor allem die massive Senkung der Unternehmenssteuern und die Abschaffung der Liegenschaftsteuer brachte Emmen – wie praktisch alle Luzerner Gemeinden – in finanzielle Schieflage. Von diesen Steuersenkungen profitieren nur wenige; die immer drastischeren Sparmassnahmen hingegen sind umso präsenter und treffen den Grossteil der Bevölkerung.

Schädliches Investitionskorsett

In Emmen zwänge die bürgerliche Mehrheit die Gemeinde in ein viel zu enges «Investitionskorsett». Dadurch werden dringend notwendige Investitionen wie der Ausbau von Schulhäusern, die Sanierung des Bahnhofes Gersag, Lärmschutzprojekte, die Sanierung des Zentrums Gersag oder

der Ausbau von Velowegen auf viele Jahre hinaus verunmöglicht. Dies ist umso fataler, weil Emmen bekanntlich in den nächsten Jahren weiter stark wachsen wird; denn neue EinwohnerInnen zahlen zwar Steuern, aber gleichzeitig steigt der Investitionsdruck auf die Infrastruktur.

Es ist dringend notwendig, dass sich Emmen von der kurzfristigen Tiefsteuer- und Sparstrategie verabschiedet und eine langfristige Finanzplanung fokussiert. So kann es nicht angehen, dass Geld für Notsanierungen statt für nachhaltige Erneuerungen verbraucht wird. Denn: Auch nicht getätigte Investitionen sind Schulden, die wir der kommenden Generation hinterlassen.

FAIRE STEUERN – AUCH UNTERNEHMEN SOLLEN STEUERN ZAHLEN

Sprudelnde Steuereinnahmen und ein florierender Kanton: Das wurde uns bei der Halbierung der Unternehmenssteuern versprochen. Doch das Gegenteil ist eingetroffen. Jedes Jahr fehlen Millionen von Franken und der Kanton muss aktuell ein neues Abbaupaket von über 330 Millionen Franken schnüren.

Einmal mehr werden davon einkommensschwache Haushalte betroffen sein, aber auch der Mittelstand. Höhere Schulgelder, Aufschläge beim ÖV oder der Wegfall der Prämienverbilligung fressen für sie die Steuersenkungen der letzten Jahre gerade wieder auf.

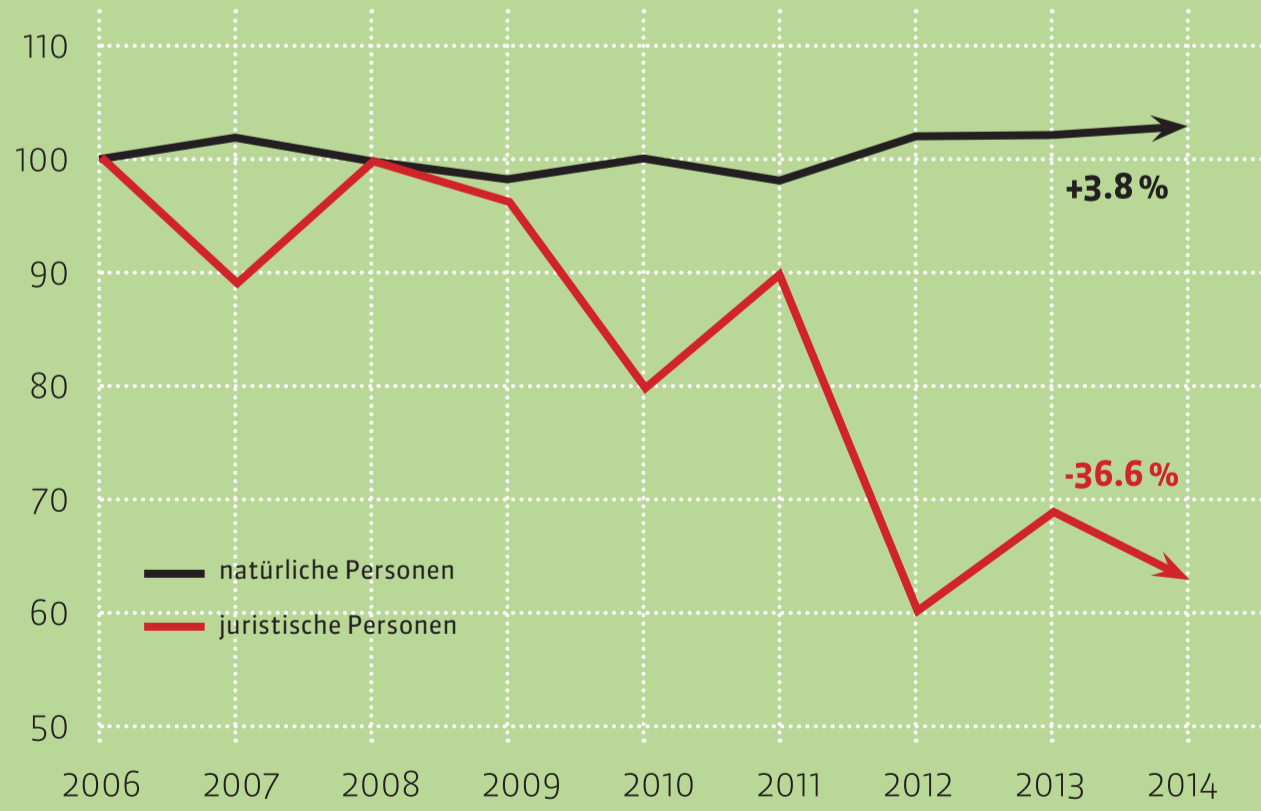
Heute zum Nulltarif

Dagegen profitieren die Unternehmen: Sie benützen unsere Strassen, sie erhalten gut ausgebildete Angestellte und bestes Bauland. Der Staat bietet ihnen alles, fast zum Nulltarif. Die Grünen meinen: Es ist Zeit, dass

«Steuern spielen für Unternehmensansiedlungen eine untergeordnete Rolle.»

sich auch die Unternehmen wieder stärker an den öffentlichen Aufgaben beteiligen. Eine moderate Erhöhung der Unternehmenssteuern ist dazu das richtige Instrument.

STEUEREINNAHMEN IN LUZERN



Grafik: Relative Entwicklung der Steuereinnahmen Natürlicher und Juristischer Personen seit 2006 am gesamten Fiskalertrag. Quelle: Kanton Luzern

Abstimmung 2016

Nur die VertreterInnen von Grünen und SP waren im Kantonsrat bereit, wieder fairere Unternehmenssteuern zu schaffen. In diesem Jahr wird die Luzerner Bevölkerung entscheiden können, ob sich die Unternehmen

wieder an der Finanzierung der staatlichen Leistungen beteiligen sollen.

Menschen statt Briefkästen

Die Grünen wollen eine Region, die vor allem für ihre EinwohnerInnen attraktiv ist und kein Eldorado für

Briefkastenfirmen ist. Eine gute Wirtschaftsförderung ginge anders. Selbst die wirtschaftliberale Avenir Suisse kommt zum Schluss: Bei grösseren Kantonen wie Luzern spielt die Steuerattraktivität bei der Unternehmensansiedlung gegenüber anderen Standortvorteilen eine untergeordnete Rolle.

ALLIANZ FÜR LEBENSQUALITÄT

Zwangsferien für SchülerInnen, Abbau beim Naturschutz und weniger Geld für die Behindertenbetreuung. Das ist das Fazit der Kantonspolitik für 2016. Was uns die bürgerlichen Parteien und der Regierungsrat vorlegen, ist trostlos und von kurzfristigen Hauruckübungen geprägt. Einziges Ziel: Jahr für Jahr das Finanzchaos überstehen.

Guter öffentlicher Verkehr, ein starkes Bildungsangebot und eine Gesundheitsversorgung, die für alle bezahlbar bleibt.

Die Grünen Luzern wollen die Probleme verantwortungsvoll anpacken. Deshalb haben sie zusammen mit über 40 Organisationen und anderen Parteien die **Luzerner Allianz für Lebensqualität** gegründet. Drei Initiativen sorgen dafür, dass die Leistungen und die Menschen im Zentrum stehen sollen und nicht nur Steuerstrategien und Unternehmensgeschenke. Helfen Sie mit, unterschreiben Sie die Initiativen der Luzerner Allianz für Lebensqualität: www.gruene-luzern.ch/allianz

UNTERSTÜTZEN? BEITRETEN?

WWW.GRUENE-LUZERN.CH

Postkonto: 60-16103-5
Vielen Dank!